
Die CDU unter Angela Merkel – der neue Kanzlerwahlverein?

Udo Zolleis und Josef Schmid

1 Einleitung: Sieg der Führung und Strategie?

„An Tagen wie diesen“ – so klang es fröhlich am Wahlabend aus dem Munde der Parteiführung. Dabei haben seit Jahren viele Beobachter die Krise der Volksparteien und besonders die Probleme der CDU proklamiert. Vor allem deren sozialmoralische Milieus seine erodiert. „Das Ende des christdemokratischen Sommers“, das Franz Walter (Spiegel Online vom 11.10.2006, s. a. Walter u.a. 2009) postuliert hat, ist derzeit immer noch nicht in Sicht. Vielleicht hatte doch eher Heribert Prantl Recht:

Parteien sind zäher, als man glaubt, und sie erholen sich schneller, als man denkt. Die CDU war in den Jahren 1999/2000, der Kohl-Spendenaffäre wegen, scheintot; man sagte ihr das schlimmste Schicksal der italienischen Democrazia Cristiana voraus. Zwei Jahre später aber war die CDU wieder quicklebendig. (SZ vom 17. Mai 2010, s. a. Lees 2013)

Der folgende Beitrag enthält Überlegungen, die z. T. in einem Aufsatz von U. Zolleis (in Zohlnhöfer 2014) präsentiert worden sind.

U. Zolleis (✉)

Institut f. Politikwissenschaft, Universität Tübingen, 72074 Tübingen, Deutschland
E-Mail: udo.zolleis@ifp.uni-tuebingen.de

J. Schmid

WiSo-Fakultät, Universität Tübingen, 72074 Tübingen, Deutschland
E-Mail: josef.schmid@uni-tuebingen.de

Am 22. September 2013 erlangt die CDU ihr bestes Ergebnis seit 1990 und konnte sowohl von den anderen Parteien als auch von den bisherigen Nichtwählern Stimmen hinzugewinnen (infratest dimap 2013). Aber wichtiger als die Maximierung der Stimmenzahl ist für die Union die Optimierung ihrer Position im deutschen Parteiensystem. Sie ist nicht nur die dominierende Kraft, sondern ohne ihre Führung ist derzeit eine Regierungsbildung auf Bundesebene nicht möglich. Damit ist es ihr gelungen, Office- und Vote-Seeking erfolgreich zu verbinden (vgl. zum Konzept Strom und Müller 1999). Als einen entscheidenden Grund für dieses – auch im europäischen Vergleich christdemokratischer Parteien – gute Abschneiden nennen Tim Bale und Andre Krouwel weniger strukturelle Gründe, sondern die bemerkenswerte politische Führungsleistung:

Certainly, the CDU has been able to count on a series of leaders able to combine ideological flexibility and ... a talent for organisation as well as strategic adaptation, all of which helps to account for the party's impressive reactive capacity and morphogenetic qualities. (Bale und Krouwel 2013, S. 42, zu konzeptionellen Überlegungen über Führung und Parteien siehe Schmid 2010)

Oder in den Worten von Ralf Tils und Joachim Raschke (2013): „Strategie zählt“. Doch worin bestand diese Führungsleistung und erfolgreiche Strategiebildung? Ihre Antwort darauf ist: „Führung und Richtung sind bei der Union seit Langem geklärt.“ Auf Seiten der Parteiorganisation meint dies die Rückkehr des Kanzlerwahlvereins unter einer starken und unumstrittenen Angela Merkel. Diese Stärken sind dann in der Unionskampagne im Wahlkampf ausgespielt worden. Die Strategie enthielt drei wesentliche Elemente: Demobilisierung der Konkurrenz, Personalisierung der Kanzlerfrage, Bekämpfung des politischen Gegners als strategische Reserve im Bedarfsfall“ (Tils und Raschke 2013, S. 21). Der CDU gelang es damit, ihr Themenmanagement erfolgreich auf eine sich zunehmend wandelnde Wählerschaft in einem „fluiden“ Parteiensystem auszurichten. Gleichzeitig wurde den Wählern ein ansprechender Programmmix aus klassischen sozio-ökonomischen Themen angeboten, die dem Wähler ein Gefühl der Sicherheit und des „Kümmerns“ (Korte und Switek 2013, S. 8) geben. Dieses Politikangebot wurde von Angela Merkel nicht nur in den vergangenen Jahren vorbereitet und durchgeführt, sondern auch von ihr personifiziert (s. a. Kornelius 2013; Jung et al. 2013). Der jüngste Erfolg der CDU ist daher eng mit der Person Angela Merkel verknüpft. Exemplarisch zeigt dies der Vergleich der Kanzlerkandidaten im Urteil der Wähler (Abb. 1).

Und das gute Wahlergebnis basiert folglich mehr auf einem strategisch-taktischen Moment als auf strukturellen Vorteilen der Parteiorganisation oder programmatischen Innovationen. Die Kehrseite dieser Medaille ist freilich, dass der Erfolg der CDU keinen Anspruch auf Ewigkeit hat. So urteilen auch Tils und Raschke

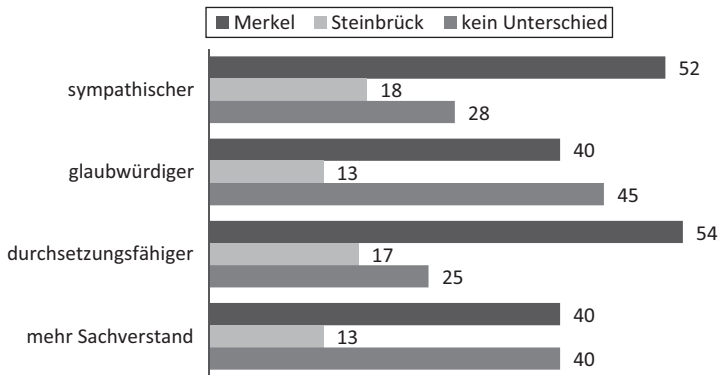


Abb. 1 Angela Merkel und Peer Steinbrück: Wer ist ... / wer hat (Quelle: Jung et al. 2013, S. 13)

(2013, S. 22): „Denn trotz manch gelungenem Steuerungs Handeln der Union sollte man eines nicht vergessen: Die Strategie Merkels ging nur auf, weil ihre tragenden Pfeiler Ökonomie und Euro-Sicherung bis zum Wahltag hielten“. Und das hat ebenfalls viel mit den strategischen Schwächen der anderen Parteien zu tun. Zugleich ist jedoch der Problemhaushalt in Deutschland und Europa so hoch, dass sich ein taktisches Abwarten und Weiter so bzw. ein „erklärungsarmer Pragmatismus“ (Korte und Switek 2013, S. 8) nicht dauerhaft erfolgreich durchhalten lässt. Schließlich weist auch eine Rückkehr zum Kanzlerwahlverein seine Probleme auf.

Dazu untersuchen wir im Folgenden die Parteiorganisation und Führungsstruktur der CDU, ihre programmatische Entwicklung, ihre Strategie im Wahlkampf sowie ihre Position im Parteiensystem. Abschließend versuchen wir mit einigen analytischen Überlegungen, dem Phänomen des Kanzlerwahlvereins näher auf die Spur zu kommen.

2 Parteiorganisation, Willensbildung und Führung

2.1 Die CDU als Kanzlerwahlverein

Angela Merkel ist als Parteivorsitzende und Kanzlerin geschätzt und unumstritten. Sie gilt inzwischen als „Königin der Macht“ (so der FOCUS Nr. 28, 2004; oder als sogar „Patin“ in dem kritischen, aber wenig substantiellen Band von Höhler 2012). Diese innerparteiliche Macht baute sie gegenüber ihren (ehemaligen) Rivalen aus, zumal die prominentesten Vertreter des sogenannten Anden-Paktes, Roland Koch, Christian Wulff und auch Günther Oettinger, die Parteiarena nach und nach ver-

lassen hatten. Spätestens seit ihrer Wiederwahl 2009 ist Angela Merkel die unumstrittene Herrscherin im christdemokratischen Reich. Damit ist in den Augen vieler Beobachter die CDU wieder zum „Kanzlerwahlverein“ geworden.

Aber was heißt dies für die CDU als Volkspartei? Der Terminus „Kanzlerwahlverein“ – oder neuerdings „Kanzlermaschine“ (Resing 2013) bezeichnet ja keinen eigenen Parteientyp, sondern beschreibt eher die herausgehobene innerparteiliche, regierungsinterne und mediale Stellung des Kanzlers. Insofern ist es die Fortsetzung der Kanzlerdemokratie in der Parteiorganisation. Das trifft grundsätzlich für alle großen Parteien in der Bundesrepublik zu. In der Kombination zwischen innerparteilicher Führung, regierungsinterner Richtlinienkompetenz und medialer Dominanz hat kein anderer Politiker einen solchen Einfluss auf die politische Agenda, auf programmatische Grundsatzentscheidungen, auf Ämterbesetzung und auf die mediale Deutungshoheit wie die Ämterkombination von Bundeskanzler und Parteichef. Strukturell unterscheidet sich der christdemokratische Kanzlerwahlverein damit nicht von der Regierungspartei SPD, wenn die Sozialdemokraten Parteivorsitz und Kanzler in eine Hand legten. Jedoch gab es dabei stets einen qualitativen Unterschied: Die Christdemokraten haderten nie mit dieser Machtfülle, solange der Amtsinhaber ihnen den politischen Erfolg garantierte. Sie begrüßten den Vorteil einer erfolgreichen strategischen Steuerung und akzeptierten gern den Führungsanspruch der Partei- und Regierungsspitze. Der Maßstab für den Wahlerfolg war letztlich immer das Kanzleramt. Darin musste ein erfolgreicher Spitzenkandidat einziehen. Alles andere war zweitrangig (Bösch 2005, S. 172 ff.). So schreibt Resing (2013, S. 10):

Die CDU hat im Kern überhaupt kein Problem damit, wieder Kanzlerpartei, mithin ein Kanzlerwahlverein zu sein. Sie ist eine Machtmaschine.

Doch der Kanzlerwahlverein bedeutet dennoch keine innerparteiliche Autokratie. Vielmehr war die Macht der „Kanzlerwahlvereinsvorsitzenden“ stets begrenzt. Die CDU wurde von Adenauer, Kohl oder nun auch von Angela Merkel nie absolut regiert. Denn:

Party leaders, moreover, are neither dictatorial nor unconstrained. (Strom und Müller 1999, S. 14)

Ihre Macht war und ist in einem institutionellen Setting von gegenseitigen Abhängigkeiten, Kontrollmechanismen und Machtstrukturen aus Parlamentariern, Kabinettsmitgliedern, Ministerpräsidenten sowie Landes-, Bezirks- und Kreisvorsitzenden eingeeht. Der Kanzler bzw. die Kanzlerin ist stets nur der dominieren-

de Dreh- und Angelpunkt innerhalb dieses austarierten innerparteilichen Macht-systems gewesen. Jedoch unterscheidet sich Angela Merkels Kanzlerwahlverein signifikant von dem der Adenauer-CDU und ebenso wie dem aus Kohls Amtszeit. Zwar blieb parteitypologisch die CDU stets Volkspartei und ist dies bis zum heutigen Tag geblieben. Sowohl aufgrund ihres Wahlerfolgs, der Zusammensetzung ihrer Mitglieder, der Dominanz im bürgerlichen Parteienspektrum wie auch ihrem zentripetalen politischen Profil kann die CDU auch weiterhin als „professionelle Volkspartei“ angesehen werden (Zolleis 2012, S. 24 ff.). Ihr innerparteilicher Willensbildungsprozess hat dennoch einen deutlichen Wandel im Vergleich zu den vergangenen Epochen christdemokratischer Parteiherrschaft erfahren.

In den vergangenen Jahren wurde der Willensbildungsprozess wesentlich zentralistischer. Obwohl Helmut Kohl und Konrad Adenauer durchaus meinungsstarke Persönlichkeiten waren, ist der heutige Willensbildungsprozess deutlich stärker auf die Kanzlerin fixiert. Diese zunehmende Kanzlerfixierung des Willensbildungsprozesses hat im Grunde zwei Gründe: einen eher situativen und einen strukturellen. Der situative Grund liegt im Bedeutungsverlust der CDU-geführten Landesregierungen bei programmatischen Neuerungen in der Bundespolitik. Dies hat vor allem zwei (kurzfristige) realpolitische Ursachen: Bedeutende programmatische Neuerungen, die seit 2009 die Parteiprogrammatik betrafen, kündigten sich nicht langsam an, sondern wurden – zumindest bei der Energiewende und der Eurofrage – durch externe Schocks ausgelöst. Sie schlugen mit hoher Geschwindigkeit unmittelbar im Regierungshandeln auf. Für große programmatische Debatten gab es kaum Zeit. Die Regierungspartei wurde in beiden Fragen vor allem zeitlich herausgefordert; „Tempo und Gleichzeitigkeit dramatisieren sich wechselseitig“ in der politischen Kommunikation (Korte und Switek 2013, S. 7). Der christdemokratische Machtinstinkt vertraute dabei auf die Kanzlerin und deren pragmatischen Führungsstil. Eine ähnliche Zentralisierung der Entscheidungen und Fokussierung der öffentlichen Aufmerksamkeit findet im Übrigen auch innerhalb der Koalitionsregierung statt; der Außenminister und (in der Regel) Vizekanzler verlieren erheblich an Bedeutung (Kornelius 2013, S. 90).

Zum zweiten verschob sich das Gewicht innerhalb der CDU-Führung zugunsten der Bundesebene. Diese Machtverlagerung war aber weniger Ergebnis von sich lang ankündigenden tektonischen Verschiebungen, sondern ein unerwünschter Nebeneffekt verkorkster Landtagswahlen. Die Machtverluste in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und vor allem im einstigen Stammland Baden-Württemberg hatten erhebliche Auswirkungen auf das Machtgefüge innerhalb der CDU. Die Christdemokraten haben sich seit ihrer Gründung wie keine andere Partei als eine föderal strukturierte Partei verstanden. Die föderale

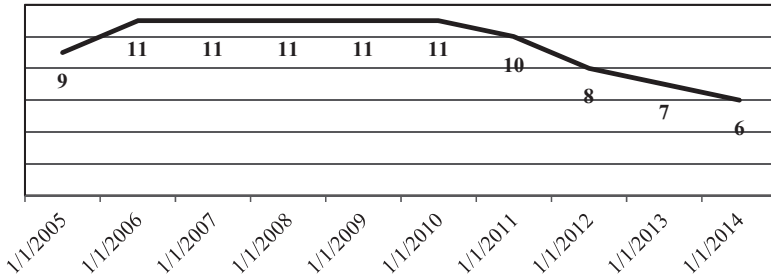


Abb. 2 Sinkende Anzahl der CDU Ministerpräsidenten in Deutschland

Natur der CDU prägt nicht nur den Willensbildungsprozess, sondern ist auch wesentlich für die Entwicklungen von Politikinnovationen (Schmid 1990, S. 287 ff.). Der (Policy-) Chor aus den Ländern wurde aber von Wahlniederlage zu Wahlniederlage leiser. Die Anzahl der CDU-Ministerpräsidenten schmolz seit 2009 auf fast die Hälfte ab. Der Teilnehmerkreis der sogenannten „Merkel-Runde“, in der die Ministerpräsidenten aus den unionsgeführten Bundesländern gemeinsam mit der Bundeskanzlerin, den Generalsekretären von CDU und CSU und der Spitze der Bundestagsfraktion die Leitlinien der Unionspolitik besprachen, wurde sehr übersichtlich. Koordinierte die „Merkel-Runde“ in der Zeit der zweiten Großen Koalition die Unionspolitik (Zolleis und Bartz 2010, S. 63), verlagerten sich diese Aufgaben nun wieder ins Präsidium und in den Bundesvorstand der Partei. Diese Machtverschiebung war aber weniger Ausdruck einer geplanten organisatorischen Weiterentwicklung der CDU, sondern vielmehr reiner Arithmetik geschuldet. Denn der Verlust von Landesregierungen machte die Merkel-Runde als innerparteiliche Koordinierungsinstanz unwirksam, da aufgrund fehlender Bundesländer mehr als die Hälfte der Wähler und auch der Parteitagsdelegierten dort nicht mehr vertreten war (Abb. 2)

Neben diesem auf Wahlergebnissen basierenden und damit relativ leicht umzukehrenden Zentralisierungstrend gibt es auch zwei strukturelle Gründe, die die Kanzlerin immer stärker ins Zentrum des Willensbildungsprozesses geschoben haben. Zum einen werden die organisierten Linkages – insbesondere zu den Großverbänden – immer schwächer. Damit schwindet die horizontale Willensbildung. Waren in der Adenauer-CDU die Fraktionssitzungen auch ein konsensualer Aushandlungsprozess zwischen divergierenden Verbandsinteressen, kennt die heutige Bundestagsfraktion (fast) keinen führenden Verbandsvertreter mehr in ihren Reihen. Als Folge sind die unterschiedlichen Verbandsinteressen nicht mehr automatisch in den innerparteilichen Willensbildungsprozess institutionell eingebunden, son-

dern müssen oftmals von außen adressiert werden. Adressat ist dann – neben den jeweiligen Fachpolitikern – direkt die Partei- und Regierungsspitze. Zum anderen mischen sich die führenden Landespolitiker immer weniger in bundespolitische Grundsatzentscheidungen ein, sondern haben rein landesspezifische Interessen. Ein bundespolitisches Profil wird zur Machtsicherung des Ministerpräsidenten im eigenen Land immer unbedeutender. Ausschlaggebend wird vielmehr seine Sympathie und Präsenz vor Ort. Dieser Wandel im Amtsprofil des Ministerpräsidenten hat so auch seine Auswirkungen auf die innerparteiliche Willensbildung der föderal orientierten CDU.

Gleichzeitig hängen viele Bundesländer finanziell vom Bund ab. Allein in den Koalitionsverhandlungen zur derzeitigen Großen Koalition hatten sich 2013 CDU, CSU und SPD darauf geeinigt, dass der Bund Aufgaben, die in originäre Länderkompetenzen fallen, mit über acht Milliarden Euro in den kommenden Jahren unterstützen wird. „Wer aber“, wie der Spiegel treffend beschreibt, „kein Geld hat, hat auch keine Bedeutung“ (Spiegel Nr. 13, 2014). Dieser faktische Auszeehrungsprozess von Ländereinfluss auf die Bundespolitik ist nicht ungefährlich für die CDU. Die unionsgeführten Landesregierungen, weniger ihre bloßen Landesverbände, waren stets Ideenlieferanten und vor allem auch Korrektive gegen aufziehende politische Fehlentwicklungen in der Bundespolitik. Nicht zuletzt aufgrund ihres föderalen Charakters war die CDU stets davor gefeit gewesen, sich zu einer selbstreferentiellen Kartellpartei zu entwickeln.

Die Zentralisierung der Macht innerhalb der CDU stößt aber auf eine undurchlässige Grenze: Nicht die „Kanzlerwahlvereinsvorsitzende“, sondern die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände sind bis heute bei der Rekrutierung des politischen Nachwuchses entscheidend. Sie bestimmen die Wahlkreis- und Listenkandidaten und damit letztlich – abhängig vom Wahlergebnis – wer im Parlament sitzt. Abgesehen vom Kabinett ist der personelle Einfluss der Parteivorsitzenden und Kanzlerin äußerst limitiert. Ihr Einfluss ist auf die Selektion der politischen Elite begrenzt, sogar da muss sie den Regionalproporz und die Wünsche aus den Landesverbänden, bspw. bei der Kabinettsbildung, im Blick haben. Die politische Klasse rekrutiert sich aber ohne ihr Zutun. Im Normalfall ist der Kanzler bzw. die Kanzlerin auf das Personalreservoir der Bundestagsfraktion und das der Landesverbände angewiesen und kann – bspw. im Unterschied zum US-Präsidenten – nur aus einem relativ begrenzten Personenkreis auswählen.

Gleichzeitig prägt die Personalauswahl auch das innerparteiliche Klima der CDU: Die Parlamentarier sind vor Ort stark verwurzelt und zur Erlangung ihres Parlamentsmandats von der Parteispitze autonom. Die direkt gewählten und im Grunde nur ihrem Wahlkreis politisch rechenschaftspflichtigen Abgeordneten bilden die mittlere Parteiführungsebene: Rund 60 % der 336 Kreisvorsitzenden sind

Parlamentarier, 60 % von ihnen auf Landesebene, 40 % sitzen im Deutschen Bundestag (Resing 2013, S. 87).

Das besondere Setting des Kanzlerwahlvereins CDU prägt auch das persönliche Anforderungsprofil eines Kanzlers. Zum einen braucht die jeweilige Person das „Zeug zum Parteivorsitzenden“. Die Personalunion zwischen Kanzleramt und Parteivorsitz ist ein konstitutives Element. Der Chef eines Kanzlerwahlvereins muss in erster Linie kein charismatischer Rhetor oder auch visionärer Solitär, sondern ein erfolgreicher Parteivorsitzender sein. Zur zentralen Managementaufgabe eines Parteivorsitzenden gehört das Mannschaftsspiel. Er muss die divergierenden Interessen der Großorganisation ausgleichen, sei es thematisch zwischen den unterschiedlichen sozioökonomischen und soziokulturellen Gruppen oder sei es auch personell zwischen den Ambitionen der jeweiligen Landesverbände. Die moderierende Fähigkeit entscheidet über den Erfolg des „Kanzlerwahlvereinsvorsitzenden“. Als Folge war der Führungsstil von Adenauer, Kohl und nun auch Merkel weniger vorpreschend bestimmend, sondern abwartend ausgleichend.

2.2 Repräsentations- und Responsivitätsdefizite als Folge?

Die Achillesferse des Kanzlerwahlvereins unter Angela Merkel ist die schwindende Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung mittels der Mitgliedschaft. In der Hochphase, d. h. in den 1970er und 1980er Jahren, bildeten die Mitglieder als stimmungsgewaltige organisierte Parteiidentifizierer den Querschnitt der eigenen Wählerschaft. Sie wurden im Willensbildungsprozess das Repräsentations- und Responsivitätsscharnier (Lange 1994). Diese Repräsentationsfunktion erfüllt die CDU mit Hilfe ihrer Parteiorganisation seit einigen Jahren immer weniger. Dies zeigt die Studie von Viola Neu (2007): Die Mitgliederstruktur der CDU hat sich in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten verschoben. Sie ist elitärer geworden. Wohlhabendere Berufe und bessere Bildungsabschlüsse sind nun stärker vertreten. Umgekehrt ist der Anteil der Arbeiter um 10 Prozentpunkte gefallen und der der Hauptschulabsolventen ist sogar um 22 Prozentpunkte mehr als halbiert worden (Tab. 1).

Dagegen ist ihr schichtübergreifender Charakter in der Wählerschaft noch weiter erhalten geblieben. Folglich klappt inzwischen eine nicht geringe Lücke zwischen Mitgliedschaft und Wählerschaft (Zur den Wählern vgl. Jung et al. 2013). Das bedeutet: Der innerparteiliche Willensbildungsprozess über die Mitglieder ist immer weniger geeignet, traditionelle schichtübergreifende Aushandlungsprozesse und entsprechende Repräsentations- und Responsivitätsmechanismen zu organisieren. Volker Resing warnt vor dieser Entwicklung: „Die Soziostruktur der CDU-

Tab. 1 Mitgliederstruktur berufliche Position (in%). (Quelle: Neu 2007)

Jahr	1993	2007
Auszubildende	1	2
Arbeiter/Meister	16	6
Beamte/Angestellte		
einfach	5	5
mittel	17	14
gehoben	19	28
höher	10	18
Landwirte	6	4
Selbständige	18	14
Sonstige	9	8

Parteigänger und der Bevölkerung waren nie deckungsgleich, doch nun klappt mehr und mehr eine programmatische, mentalitätsmäßige und personelle Kluft“ (Resing 2013, S. 133).

Damit verabschiedete sich die CDU weitgehend von ihren bisherigen Proportional- und Moderationstechniken zur Regulierung innerparteilicher Konflikte (vgl. dazu Schmid 1990; Zolleis 2007). So relativierte sich zugleich die Bedeutung der formalen Gremien und des Delegiertensystems. Schon bei der Wahl von Angela Merkel zur Parteivorsitzenden waren eine Reihe in den Statuten eigentlich nicht vorgesehener Regionalkonferenzen vorausgegangen, die durchaus plebiszitären Charakter angenommen, und die sie in den Machtkämpfen mit der Fraktion und den Landesfürsten gestärkt hatten. So hob sich der innerparteiliche Willensbildungsprozess deutlich von dem der 1970er und 1980er Jahre ab. Die Parteiführung steuerte die Regionalkonferenzen und führte somit den innerparteilichen Entscheidungsprozess nicht mehr über die Delegierten, sondern über die Medien. Die politischen Inhalte wurden weniger in Gremien erarbeitet, sondern dort bereits als fertige Konzepte „abgenickt“.

Der Kanzlerwahlverein CDU unter Angela Merkel zeichnet sich durch eine ziemlich geräuschlose und geschmeidige Politiksteuerung aus. Das Kanzleramt ist dabei ein gut funktionierendes strategisches Zentrum (vgl. etwa Korte und Switek 2013; Kornelius 2013). Die Stärke ist dabei bis dato die strategische Steuerung, die sich gerade in Krisenzeiten durch ihren reibungslosen und schnellen Abstimmungsprozess der kurzen Wege auszeichnet. Langfristig birgt aber der schwindende Unterbau des Kanzlerwahlvereins strukturelle Schwierigkeiten im Willensbildungsprozess. Schlanke Strukturen können auf unvorhergesehene Krisensituationen rasch reagieren und möglichst taktisch geschickt programmatische Positionen neu justieren, sie bergen jedoch eine langfristige Gefahr: Die Respon-

sivität der Partei, mögliche Missstimmungen in der Bevölkerung frühzeitig zu erkennen, schwindet. Als Frühwarnsystem muss ein solcher zentralistisch agierender Kanzlerwahlverein immer stärker auf das Gefühl der Führungspersönlichkeiten und auf moderne Methoden der empirischen Sozialforschung vertrauen. Flankiert wird diese Responsivität allein von der Bundestagsfraktion, in der die direkt gewählten Abgeordneten als eine Art Transmissionsriemen zwischen den Anliegen vor Ort und der Regierungspolitik fungieren. Die Partei und ihre Vorsitzende, Angela Merkel, müssen sich in Zukunft stärker wieder auf die Modernisierung der Parteistrukturen, insbesondere den Aufbau neuer Linkages zwischen Wählern, Parteiidentifizierern und (kurzfristigen) Unterstützern mit der Partei konzentrieren. Derzeit befindet sich die Partei in einem organisatorischen Zwitterstadium: Sie ist weder eine vollfunktionstüchtige Mitgliederpartei, über die die Wünsche der Wählerschaft gespiegelt werden könnten, noch hat sie neue tragfähige Linkages aufgebaut, mit denen sie verlässlich mit ihrer Wählerschaft in den Dialog treten könnte. Gelingt ihr die organisatorische Stärkung der CDU in den kommenden Jahren nicht, wird der Kanzlerwahlverein eine Dame ohne Unterleib.

3 Die CDU-Programmatik – Öffnung und Offenheit

3.1 Modernisierung und begrenzter programmatischer Wandel

Die Programmarbeit der CDU war 2009 wenig spektakulär; es fanden im Grunde keine Programminnovationen im großen Stil statt. Politikreformen bei der Wehrpolitik, der Energie und auch beim Mindestlohn fanden zwar jeweils statt, sie hatten aber nicht nur jeweils unterschiedliche Beweggründe, auch entfalteten sie keine „revolutionierende Kraft“ bei der programmatischen Identität der CDU, da sie letztlich nicht die politisch-programmatischen Prioritäten auf den Kopf stellten. In den vergangenen Jahren wurden aber weniger organisatorische Mängel an der Parteivorsitzenden Angela Merkel kritisiert, sondern eine programmatische Beliebigkeit. Nicht nur Alexander Gauland monierte in den vergangenen Jahren, dass die CDU unter Angela Merkel ihren Kern verlöre (Gauland 2011). Dabei wurde Angela Merkel der Vorwurf gemacht, die CDU zu „sozialdemokratisieren“ und sie normativ zu entkernen (Korte und Switek 2013, S. 5). Als Beispiele wurden vor allem der Ausstieg aus der Kernenergie, die Bundeswehrreform und die Einführung eines Mindestlohns angeführt. Zwar ist die CDU-Parteivorsitzende bis heute schuldig geblieben, eine dezidierte Agenda der Christdemokratie für das 21. Jahrhundert vorzulegen. Aber das tat Konrad Adenauer für die Christdemokratie

Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013

Niedermayer, O. (Hrsg.)

2015, VI, 258 S. 26 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02851-0